

proLAA übt harte Kritik an Budgetplan

Gemeinderat | VP-Bürgermeisterin Brigitte Ribisch legte den Voranschlag 2018 vor. proLAA konnte den Plänen nichts abgewinnen.

Von Ingrid Fröschl-Wendt

LAA | In der letzten Gemeinderatssitzung des heurigen Jahres wurde auch der Voranschlag für 2018 beschlossen. Die Beschlussfassung gestaltete sich kurz und schmerzlos und ohne große Diskussionen, trotzdem erfolgte der Beschluss nicht einstimmig: proLAA konnte sich mit den Budgetpunkten nicht anfreunden.

VP-Stadtschefin Brigitte Ribisch stellte den Finanzplan für 2018 vor: Im neuen Haushaltsjahr soll der Schuldenstand um rund 1,8 Millionen Euro reduziert werden. Gemäß dem „Modell Laa“ sollen die Schulden innerhalb von zehn Jahren ja um zwei Drittel verringert werden, das ist auch für das kommende Jahr so geplant.

„Trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten wird auch 2018 keine Erhöhung bei „Massen-Abgaben“ erfolgen.“

Brigitte Ribisch, ÖVP

Aus diesem Grund würde auch der außerordentliche Haushalt nur mit Projekten belastet, die unbedingt notwendig seien. In der Summe von rund 1,3 Millionen Euro sind unter anderem Infrastrukturmaßnahmen enthalten, wie Straßen- und Wegebau, sowie der Abschluss der Basisanierung der Laaer Burg, das heißt des ersten Bauabschnittes, also Innenhof und Butterfassturm.

Auf jeden Fall will die Stadtgemeinde genug investieren, um das kommunale Investitionsprogramm, das 2017 und 2018 für Erneuerung der Infrastruktur vom Bund ausgeschüttet wird,



Das liebe Geld scheidet im Laaer Gemeinderat die Geister: proLAA wollte dem Voranschlag 2018 nicht zustimmen.

Foto: Bilderbox.com

möglichst optimal ausnutzen zu können. Allerdings betrifft dieses Programm zweckgebunden hauptsächlich Wasser, Kanal oder Freizeiteinrichtungen.

Der ordentliche Haushalt wird mit 17.401.900 Euro angenommen. „Trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten wird auch 2018 keine Erhöhung bei Massen-Abgaben wie Wasser, Müll oder Kanal erfolgen“, versprach Ribisch.

Weiter vorangetrieben wird die Reformierung der öffentlichen Verwaltung, die bis 2021 abgeschlossen sein soll. So soll unter anderem die Servicequalität der Verwaltung verbessert und so umstrukturiert werden, dass sie den neuen gesetzlichen Anforderungen entspricht. Bürgermeisterin Brigitte Ribisch hofft, damit einen Beitrag gegen die Landflucht leisten zu können und Familien aus Wien wieder zurückzuholen.

Diesen Plänen kann proLAA nichts abgewinnen: Die Personalaufnahmen würden eine Aufblähung der Verwaltung bedeuten. Außerdem seien sie intransparent, weil Ribisch von ih-

rer Möglichkeit Gebrauch mache, Bedienstete ohne Rücksprache mit dem Gemeinderat für ein halbes Jahr aufzunehmen und sie erst dann vom Gemeinderat abzusegnen zu lassen. proLAA wünscht sich statt in der Verwaltung mehr Mitarbeiter für den Bauhof, da ihrer Meinung nach der Arbeitsumfang ständig steige. So würden zum Beispiel die Grünflächen immer mehr und dadurch der Pflegeaufwand immer größer.

Doch auch ganz allgemein sei die Opposition zu wenig in die Budgetplanung eingebunden gewesen. Das Ergebnis sei darum nicht zufriedenstellend: Der Haushalt sei wiederum nicht ausgeglichen und wichtige Projekte, wie der Straßenbau, kämen zu kurz.